

«Ich verstehe mehr von der Politik»

GENF. Die ehemalige Vertreterin der Wirtschaftsförderung Martine Brunschwig Graf engagiert sich seit einem Jahr gegen den Rassismus in der Schweiz. Anders als ihr Vorgänger, der mit der SVP im Dauerclich war, versucht die FDP-Nationalrätin, sie ins Boot zu holen.

INTERVIEW: KARIN LANDOLT

Das neue Namensrecht ist seit Januar in Kraft. Man muss Sie jetzt nicht mehr mit Doppelnamen ansprechen.

Martine Brunschwig Graf: (lacht) Machen Sie es, wie Sie wollen. Das Namensrecht regelt ja nur die Bezeichnung in den offiziellen Dokumenten. Ich persönlich war und bin gegen das Weglassen des Zweitnamens. Als ich 1989 heiratete, war ich eine der ersten Frauen mit Doppelnamen. Das war ein grosser Vorteil. Ich konnte meinen eigenen Namen behalten. Gleichzeitig wollte und durfte ich den Namen meines Mannes tragen. Er ist leider vor fünf Jahren gestorben. Ich werde seinen Namen weiterhin behalten und mag es, wenn man mich mit Doppelnamen anspricht.

Aber das klingt oft umständlich. Ich hatte nie Probleme und lebe seit bald 30 Jahren damit.

Sie waren Nationalrätin, Genfer Regierungsrätin, hatten also beste Voraussetzungen, um Bundesrätin zu werden. Nun sind Sie Präsidentin der Rassismuskommission (EKR). Sind Sie zufrieden mit Ihrer Laufbahn?

«Individuelle Freiheit heisst für mich auch individuelle Übernahme von Verantwortung»

Ich betrachte meine Laufbahn als Geschenk. Ich konnte viele Erfahrungen machen als Parlamentarierin und als Mitglied einer Exekutive. Es war nie mein Ziel, in die Politik einzusteigen. Ich wuchs in einer Familie im Kanton Fribourg auf, wo man die politischen Akteure zwar kannte, aber es war nicht in unserer Tradition, selber Politik zu machen. Hätte ich es auf eine politische Karriere abgesehen, hätte ich wohl eine andere Partei gewählt.

Warum haben Sie sich für die FDP bzw. die Liberalen entschieden?
Die Werte «Freiheit» und «Verantwortung» waren mir immer wichtig. Die Liberalen vertreten diese Werte auf höchstem Niveau.

Ihr Vorgänger und Parteikollege Georg Kreis sagte einmal, in der FDP gebe es nicht nur jene mit sozialer Verantwortung, sondern auch jene, die sich vor allem dem Kapital verpflichtet fühlen. Er nannte sie Bahnhofstrassen-Freisinnige. Auch Sie waren in erster Linie eine Vertreterin der Schweizer Wirtschaft.

Ich gehöre keinem Flügel an und habe nie an der Bahnhofstrasse gelebt. Ich leitete den Westschweizer Sitz der

Wirtschaftsförderung, heute Economiesuisse, engagierte mich also für die Marktwirtschaft und die Wirtschaft insgesamt. Parallel dazu habe ich mich immer für soziale Belange eingesetzt. Sei es bei der Dargebotenen Hand, sei es heute als Präsidentin der Vereinigung für die Prävention gegen Folter. Auch auf die Anfrage, mich für die Rassismuskommission einzusetzen, habe ich sofort mit Ja geantwortet.

Was bedeutet Ihnen die soziale Verantwortung?

Ich habe von der Gesellschaft viel erhalten und möchte ihr auch etwas geben. Marktwirtschaft und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze. Individuelle Freiheit heisst für mich auch individuelle Übernahme von Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Viele meiner Parteikollegen sehen das genauso. Und viele engagieren sich oft im Stillen für eine soziale Sache.

Was ist mit der Verantwortung der FDP gegenüber den Frauen? Die Partei hat weder eine Bundesrätin noch eine Parteipräsidentin. Die FDP-Frauen fordern die Frauenquote für Staatsunternehmen und werden dafür gerügt.

Entschuldigung, ich habe die Findungskommission zur Besetzung des FDP-Präsidiums im letzten Frühjahr geleitet und mehrere Frauen auf die Liste gesetzt. Doch diese wollten nicht. Viele von ihnen sind bereits stark engagiert. Aber wir haben im Parteipräsidium Frauen, das war auch die Bedingung unseres jetzigen Präsidenten Philipp Müller. Und wir haben mit Gabi Huber eine starke Fraktionspräsidentin. Sie gilt seit Jahren als eine der mächtigsten Politikerinnen im Parlament.

Man will also Frauen an der Macht, aber diese wollen nicht?

Es ist jedenfalls ganz und gar nicht so, dass die FDP-Spitze die Frauen nicht unterstützt. Auch in der Wirtschaft beobachte ich Ähnliches. Aber bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss noch viel gemacht werden, damit Frauen bereit sind, ein verantwortungsvolles, zeit- und energieintensives Amt zu übernehmen.

Sie selber sind gegen Quoten?

Aus meiner Sicht ist das nicht zielführend für die Sache der Frauen. Denn als Quotenfrau wissen Sie nie, ob Sie aufgrund Ihrer Bedeutung oder Ihres Geschlechts in Ihre Position gelangt sind. Vielmehr müssen Parteien wie Unternehmen ihren Fokus auf eine gute Nachwuchsförderungsstrategie setzen und so jungen Männern und Frauen optimale Karrierebedingungen schaffen. Aber dafür fühle ich mich nun wirklich nicht mehr zuständig.

Kommen wir also zurück zur Rassismuskommission. Welcher Brennpunkt hat Sie in Ihrem ersten Jahr als Präsidentin besonders beschäftigt?
Die Verantwortung der Parteien und der Medien.

Wie meinen Sie das?

Auch wenn die Wirtschaftslage gegenüber anderen Ländern relativ komfortabel ist, ist die Stimmung gegenüber Ausländern, die uns die Arbeitsplätze streitig machen könnten, zurzeit nicht gut. Man spürt das im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit, der Zuwanderung der Deutschen, aber auch in der aktuellen Flüchtlingsdebatte. Und man spürt die Ablehnung gegenüber Roma, sowohl ausländischen als auch Schweizer Fahrenden, den Jenischen.

Macht Ihnen das Sorgen?

Ja, und wir diskutieren das in der EKR. Wir haben der Universität Zürich eine



Bild: key

Studie in Auftrag gegeben, welche die Darstellung der Ausländer in den Medien unter die Lupe nimmt, mit besonderem Fokus auf die Roma. Im August wird die Studie publiziert. Wir wollen die Diskussion dann mit den Medien und dem Presserat weiterführen. Denn die Medien haben zwar die Pflicht, über das zu berichten, was passiert, aber sie haben auch eine Verantwortung. Sie müssen sich überlegen, wie sie es vermeiden, eine ganze Volksgruppe zu diskreditieren. Ebenso wichtig ist der Dialog mit den Parteien. Ich will, dass die Parteien offiziell und mit einer klaren Linie festhalten, was sie an Äusserungen ihrer Mitglieder für tolerierbar halten und was nicht. Ganz besonders sensibilisieren müssen sie die Leute, die vom Volk gewählt sind.

Sie sprechen vor allem die SVP an?

Nein, nicht nur die SVP. Diese hat sogar vorbildlich gehandelt im letzten Sommer, als es zu rassistischen Äusserungen eines Parteimitgliedes im Internet kam. Die Parteileitung hat die Konsequenzen gezogen, den Mann rausgeworfen und eine klare Haltung kommuniziert. Auch andere Parteien müssen sich mit der Pauschalisierungsgefahr beschäftigen. Da gab es beispielsweise 2011 polemische Äusserungen des grünen Lausanner Bürgermeisters und ehemaligen Nationalrates Daniel Brélaz. Er kommentierte einen von Fahrenden schmutzig zurückgelassenen Standplatz mit «dem Wesenszug der Zigeuner». Nicht alle Fahrenden sind schlechte Leute. Nicht alle Asylsuchenden sind schlecht. Nicht alle Dunkelhäutigen sind Drogendealer. Aber es gibt so viele Möglichkeiten, spontane Dummheiten zu sagen. Kann man das mit einer Parteitikette tolerieren? Das sind wichtige Fragen und diese Diskus-

sion müssen wir im Jahr 2013 verstärkt führen.

Sie sagen also, dass es in allen Parteien Anfälligkeiten für rassistisches Verhalten gibt?

Ich habe keine Beweise, aber Probleme mit Rassismus können in allen Parteien auftauchen.

Ihr Vorgänger Georg Kreis hat sich gerne mit der SVP angelegt. Wollen Sie nun die Wogen glätten?

Ich stelle mich nicht als Gegenstück von Georg Kreis dar. Als er im Amt war, waren die politischen Zeichen andere, Beispiel Minarettdebatte. Ich

«Es gibt so viele Möglichkeiten, spontane Dummheiten zu sagen, soll man das tolerieren?»

bin nicht Hochschulprofessorin wie er. Er hatte viele Kenntnisse, die ich nicht habe. Allerdings nicht von der SVP – zum Glück braucht es keine Professur, um die Parteien zu verstehen (lacht). Ich bin Politikerin, und ich verstehe naturgemäss mehr von der Politik. Wir dürfen keinen Sündenbock kreieren, sonst machen die Leute nicht mit.

Hat sich die Angst vor der Islamisierung gelegt?

Das Thema war im Zusammenhang mit dem Minarettverbot aufgeheizt. Es hat sich ein wenig beruhigt. Noch immer ist es aber eine offene Frage, wer eigentlich in der Schweiz die Muslime offiziell vertritt. Noch immer fehlt eine vertretbare Stimme. Mit einer solchen

Stimme wäre es leichter, den Leuten Rechte und Gebräuche in diesem Land zu erklären. Und umgekehrt könnten die Menschen hier besser nachvollziehen, dass Muslime ganz normal leben, aber einfach ihre eigene Religion haben. Andere Glaubensgruppen haben eine solche Stimme.

Hat es damit zu tun, dass die Muslime aus zahlreichen Ländern mit ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergründen stammen und es daher nicht die Muslime gibt?

Wahrscheinlich. Es gibt ausserdem auch viele Schweizer Musliminnen und Muslime. Ich denke dennoch, man muss geeignete Personen suchen, welche die Rolle des Sprachrohrs übernehmen. Auch bei den Juden gibt es heterogene Hintergründe und Wertehaltungen, und doch gibt es in der Schweiz eine Organisation, die sie vertritt.

Wie haben Sie das erste Jahr als EKR-Präsidentin erlebt?

Sehr lebendig. Ich sehe, wie viele Leute sich gegen Rassismus engagieren. Ich sehe, wie sich in den Kantonen bezüglich Rassismusbekämpfung etwas tut. Die EKR hat gute Chancen, gehört zu werden, wenn sie eine solide und glaubwürdige Arbeit leistet und nicht emotional argumentiert. Dazu gehört, dass wir akzeptieren, dass nicht alle mit uns ständig einig sind. Wir sind eine kleine Equipe und haben viel zu tun.

Sie werden, wie Ihr Vorgänger, bedroht. Wie gehen Sie damit um?

Ja, es gibt unschöne Briefe. In einem stand: «Hitler hat seine Arbeit nicht gut genug gemacht.» Sie haben mir nie Angst gemacht und werden mir nie Angst machen. Für solches habe ich eine Spezialschublade.

ZUR PERSON

Martine Brunschwig Graf (63) ist studierte Ökonomin und war von 1988 bis 1990 Präsidentin der Liberalen im Kanton Genf. Von 1989 bis 1993 war sie Kantonsrätin, danach bis 2005 Genfer Regierungsrätin. 2003 wurde sie in den Nationalrat gewählt und gehörte dort der Aussenpolitischen Kommission und der Finanzkommission an. Im November 2011 wurde die FDP-Frau vom Bundesrat zur Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) als Nachfolgerin von Georg Kreis gewählt. Vergangenen Frühling hat sie die Findungskommission für die Neubesetzung des FDP-Präsidiums geleitet. Martine Brunschwig Graf ist verwitwet und lebt in Genf. (kal)